

STEUER-BASIS-GEWERKSCHAFT
Landesverband Niedersachsen e.V.
Reherweg 36, 31787 Hameln



Ministerium der Finanzen
des Landes Nordrhein-Westfalen
- Marketingmanagement KONSENS - Hameln, den
04.01.2020
Jägerhofstraße 6
40479 Düsseldorf

Sehr geehrter Herr Hansen,

Ihr Schreiben vom 9.12.2019 haben wir dankend erhalten. Erfreulicher Weise enthält das neue Konsensheft viele sachliche Informationen. Teilweise wäre unserer Ansicht nach an machen Stellen etwas weniger mehr gewesen. Daneben sind teilweise Inhalte hinterfragungswürdig.

Auf Seite 6 wird der Eindruck vermittelt, ein Mitarbeiter/in muss nur ein Problem melden und schon wird es behoben. Dies ist leider nicht so. Es gibt eine Prioritätenliste, die schon so manchen Bearbeiter zur Verzweiflung gebracht hat, weil zwar die Notwendigkeit der Änderung bestätigt wurde, aber gleichzeitig zu verstehen gegeben wurde, dass wegen Personalmangels dem Problem keine Priorität zugebilligt wurde und die Behebung damit buchstäblich „hinten runterfiel“.

Irritierend sind die Ausführungen auf Seite 12, wonach Dame den Mittel- und Oberbehörden helfen soll, strategische Entscheidungen zu treffen. Wir waren bisher der Ansicht, dass die Legislative die Steuergesetze erlässt und nicht die Mittel-oder Oberbehörden.

Befremdlich wurde von unseren Kolleginnen und Kollegen der Text auf Seite 14 zur Kenntnis genommen. Es klingt dort so, als ob Betrügereien in der Finanzverwaltung an der Tagesordnung seien.

Etwas merkwürdig ist auch die Darstellung, dass früher Beamte die Angaben mit den Belegen abgeglichen hätten und dies nun elektronisch erfolge. Es ist erstaunlich, dass das ein Computer können soll, zumindest der in der Finanzverwaltung kann es noch nicht. Ähnlich verhält es sich mit der Aussage, es käme nur ein kleiner Prozentsatz zur Überprüfung bei den Bearbeitern an. Wer etwas mit der Materie vertraut ist, stellt sich automatisch die Frage nach der Prüfungstiefe, die bei wenigen aussortierten Fällen -so zumindest die Darstellung- nicht besonders hoch sein kann.

Last but not least sind die Ausführungen von Prof. Parycek interessant, der fordert, die Gesetze an die Maschinensprache anzupassen. Zum einen wirft dies die Frage auf, wie unabhängig dann noch eine Legislative wäre. Zum anderen impliziert dies, dass die derzeitigen Gesetze noch nicht maschineneignet sind, was die Frage aufwirft, wie wirksam dann überhaupt ein Risikomanagement sein kann.

Vor diesem Hintergrund kommen wir gerne auf Ihr Gesprächsangebot mit Herrn Ministerialrat Hülshoff zurück. Wir würden uns über drei Terminvorschläge freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Matuschke
stellv. Vorsitzende